

BASLER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Wir
machen
Basel-Stadt
stark!

Unsere Partei ist die Partei der Freiheit und der Verantwortung, der Rationalität und des Pragmatismus.

Editorial von Johannes Barth Seite 3

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 1

Ede Tschopp Seite 4 und 5

Generationenübergreifende Interessen in Bern vertreten

FDP PLUS Seite 6

JFBS Kandidatinnen und Kandidaten

Jonas Lüthy Seite 7

Karin Sartorius zur «Frauenförderung in der Politik»

Im Interview mit Eva Biland Seite 8

Mein erstes halbes Jahr im Grossen Rat

Daniel Seiler Seite 9

Wahlauftakt Steuerpolitik

Agenda, Aarau Seite 10 und 11

Aus den Sektionen: Anlässe von FDP Kleinbasel und Grossbasel-Ost

Seite 12 und 13



Starke Argumente für die FDP

- Ihnen ist die Selbstverantwortung und die freie Meinung wichtig.
- Sie sind überzeugt wie wir, dass unser Wohlstand nur mit einer starken Wirtschaft sicher ist.
- Sie wollen in der Energiegewinnung die Abhängigkeit reduzieren und die Stromerzeugung ausbauen.
- Sie unterstützen die Bemühungen, die Altersvorsorge für kommende Generationen zu sichern.

So wählen Sie richtig

- Legen Sie den Wahlzettel der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt (Liste 1) unverändert ein.
- Oder füllen Sie einen leeren Wahlzettel mit «Liste 1» aus und schreiben Sie Kandidatinnen und Kandidaten der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt drauf.
- Favoritinnen oder Favoriten können Sie doppelt auf Ihrem Wahlzettel auführen.
- Herzlichen Dank für Ihre starke Stimme für eine starke Schweiz!

Inhalt

- 1–13 Basler Freisinn
- 14/15 Bereit für den Wahlkampf
- 16/17 Für eine harte, aber faire Migrationspolitik
- 18/19 20 Jahre Schuldenbremse
- 20/21 Europas Niedergang bedroht uns
- 22 Ausblick auf die Herbstsession
- 23 Vermischtes



**Wer liberale Lösungen will,
wählt FDP**

Gemeinsam machen wir die Schweiz stark

Liebe Freisinnige

Wir gehen mit vereinter und geballter Kraft in die Wahlen! Die freisinnige Politik bildet die Festung gegen linke Umverteilung, grüne Verbote, konservative Bewegungslosigkeit und rechtsnationale Abschottung. Das Erfolgsmodell Schweiz steht im In- und Ausland unter Druck. Links-grüne Parteien wollen unsere Unternehmen kaputtregulieren und stehen dem technologischen Fortschritt im Weg. Konservativen mangelt es an Mut und Weitsicht, um die notwendigen Reformen anzupacken. Wir halten dagegen und erarbeiten Lösungen, damit die Schweizerinnen und Schweizer auch morgen in Wohlstand und Freiheit leben können.

Start in die heisse Phase des Wahlkampfes

Am Tag der FDP vom 2. September starteten wir fulminant in die heisse Phase des Wahlkampfes. Im Kreise der freisinnigen Familie machten wir uns auf eine Reise durch die Geschichte der liberalen Kräfte in der Schweiz. Seit 1848 trägt die FDP in allen Institutionen Verantwortung; seit 175 Jahren gestaltet der Freisinn unsere Willensnation wie keine andere Kraft mit. Wir verbinden seit jeher Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Wir stehen für Stabilität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich

erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitäts-sinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Sie und ich – wir alle werden an den kommenden Podiumsdiskussionen, Interviews und Standaktionen den Menschen im ganzen Land unsere liberalen Lösungswege aufzeigen, darüber diskutieren und debattieren. Wer den Wohlstand in unserem Land erhalten will, wählt FDP. Wem eine sichere und zukunftsfähige Altersvorsorge wichtig ist, wählt FDP. Wer eine sichere, international vernetzte Schweiz und jederzeit genug und bezahlbaren Strom will, der wählt FDP!

Menschen, die anpacken, machen die Schweiz stark.

Machen wir gemeinsam die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Unsere Partei ist die Partei der Freiheit und der Verantwortung, der Rationalität und des Pragmatismus.

Editorial von Johannes Barth

Mit den bevorstehenden Nationalratswahlen haben wir die Gelegenheit, unser kollektives Engagement für dieses Erbe erneut zu demonstrieren und die Weichen für die Zukunft unseres Landes zu stellen.

Die FDP ist eine der zuverlässigen Säulen unseres Landes und setzt sich für eine sichere, freie und innovative Schweiz ein, die die Bedürfnisse und Freiheiten ihrer Bürger respektiert und eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen fördert.

Eine der Voraussetzungen für ein Leben in Freiheit ist die Sicherheit unserer Bevölkerung. Daher setzen wir uns für effektive Sicherheitsmassnahmen ein, die auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhen. Wir nehmen die Bedrohung durch Cyber-Kriminalität ernst und fordern, dass unsere Behörden die notwendigen Ressourcen erhalten, um diese Herausforderungen wirksam zu bewältigen.

Es ist selbstverständlich, dass wir uns klar von anderen Parteien abgrenzen. Während andere populistische Lösungen verfolgen, sind wir eine Partei, die an pragmatische und liberale Lösungen glaubt. Wir setzen uns für eine offene und integrative Gesellschaft ein und lehnen den Protektionismus und die Fremdenfeindlichkeit ab, die andere zu fördern scheinen. Unsere Partei ist die Partei der Freiheit und der Verantwortung, der Rationalität und des Pragmatismus.

Als Land, das weltweit für seine Forschung und Innovation bekannt ist, setzen wir uns dafür ein, dass der Zugang zu den Forschungsförderprogrammen der EU erhalten bleibt. Darüber hinaus wollen wir den Innovationsstandort Basel stärken und sowohl die öffentliche als auch die private Forschung fördern.

Basel ist nicht nur ein wichtiger Innovationsstandort, es ist auch unser Zuhause, und wir arbeiten unermüdlich daran, das Leben hier für jeden Bürger besser zu machen. Durch kluge Stadtplanung, Investitionen in Forschung und Innovation und die Förderung der Freiheit jedes Einzelnen

haben wir eine Vision für ein Basel, das dynamisch, zukunftsfähig und lebenswert ist.

Wenn es um Mobilität geht, glauben wir an die Freiheit jedes Einzelnen, seine Verkehrsmittel selbst zu wählen. Wir streben eine regionale, verkehrsmittelübergreifende Planung an, um eine harmonische und nachhaltige Verkehrspolitik zu ermöglichen, die die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

Im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik streben wir nach höherer städtischer Dichte, vertikalem Grün und dem Einsatz neuer Technologien zur Reduzierung unserer Emissionen und zur Förderung intelligenter Energiesysteme. Denn wir wollen durch Anreize zu Investitionen dem Klimawandel begegnen und nicht nur mit Verboten arbeiten.

Nebst unseren Nominierten Tamara Alu, Eva Biland, Baschi Dürr und mir haben wir im Mai noch zwei Unterlisten als Unterstützung gewinnen können, um unser Ziel, einen NR-Sitz, definitiv zu



Johannes Barth, Präsident FDP Basel-Stadt

erreichen. Mit den Unterlisten von FDP PLUS mit Silvie Schweizer, Christophe Haller, Erich Bucher und David Jenny und den Jungfreisinnigen Jonas Lüthy, Isabel Jung, Lionel Mumenthaler und Eugénie Flad werden wir heute den Wahlkampf beginnen. Wir decken mit diesen drei Listen alle Bevölkerungsschichten ab und können damit mit Kompetenz, Erfahrung und strahlender Jugend glänzen. Es geht darum, die besten Lösungen für alle Generationen zu finden. Ich lade Sie ein, mit uns auf diesem Weg voranzuschreiten: Ihre Stimme zählt! Ich danke für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung und freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam in eine hoffnungsvolle Zukunft zu schreiten.

Johannes Barth, Präsident

Anzeige



Schweizer Söhne

Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

v.l.n.r. Tamara Alù, Johannes Barth, Eva Biland, Baschi Dürr.



Mehr Freiheit!

Mehr Zuversicht!

Wir von der FDP. Die Liberalen sind das Bollwerk gegen linke Umverteilung, grüne Verbotskultur, konservativen Stillstand und rechtsnationale Abschottung. Wir stehen seit 175 Jahren unverrückbar für Freiheit und Fortschritt. Wir setzen uns ein für realistische und finanzierbare Lösungen. Wir packen mit Zuversicht die Aufgaben an, damit die Schweiz und Basel-Stadt weiterhin stark und erfolgreich sind.

Deshalb am 22. Oktober Liste 1 FDP. Die Liberalen Basel-Stadt einlegen.

Unsere Prioritäten für die starke Schweiz



Anpacken, damit die Schweiz erfolgreich bleibt!

Die FDP. Die Liberalen steht für Freiheit und Selbstbestimmung. Die FDP bekämpft Bevormundung,

Bürokratie und einen aufgeblähten Staat. Wir betreiben eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik für Menschen, die wollen. Wir glauben an die Tatkraft des Einzelnen sowie an die Kraft des Wettbewerbes. Wir vertrauen auf den Gemeinsinn. Wir packen Herausforderungen mutig und weitsichtig an und schaffen Lebensqualität und Stabilität, damit die Schweiz weiterhin erfolgreich bleibt.



Wirtschaft stärken, Wohlstand sichern!

Die FDP kämpft für Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Erfolge ermöglichen. Wir stehen für einen freien, weltweiten und wettbewerbsorientierten Markt ein, der Leistung belohnt. Der Staat beschränkt sich auf die Schaffung gleich langer Spiesse für alle, ermöglicht den Zugang zu internationalen Märkten und sorgt für Rechtssicherheit. Unnötige Eingriffe sind zu vermeiden. Die FDP erwartet dafür von Unternehmen umsichtige Führung, denn zur Freiheit gehört Verantwortung



Altersvorsorge sichern, Prämienexplosion vermeiden!

Die FDP kämpft für sichere Renten und Generationengerechtigkeit. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll eine faire Rente erhalten. Wir wollen Reformblockaden durchbrechen, denn der Stillstand von heute ist der Rentenabbau von morgen. Die

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 1



Tamara Alù

Tamara Alù hat Jahrgang 1986, ist Leiterin Politik beim Gewerbeverband Basel-Stadt, Hundeliebhaberin, Kulturgebeisterter, Bücherwurm und gerne unterwegs. Sie ist engagiert, zielstrebig, hartnäckig, innovativ und kommunikativ.

«Vorwärtsmachen mit der Gleichstellung und endlich die Individualbesteuerung einführen, damit sich Arbeit für Mann und Frau lohnt!»



Johannes Barth

Johannes Barth hat Jahrgang 1970, ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Der studierte Jurist und Partner einer Privatbank wohnt in Basel. Seine Hobbys sind Musik, Fasnacht, Golf und Reisen sowie Politik.

«Verantwortungsvolles und vorausschauendes Handeln in der Politik führt zu blühender Wirtschaft und gesunden Staatsfinanzen.»



Eva Biland

Eva Biland ist Dr. med., Jahrgang 1972, verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern. Die Hausärztin war bis vor Kurzem in ihrem Wohnort Bettingen Gemeinderätin. In der Freizeit setzt sie sich als Präsidentin eines Kampfsportvereins für den Breitensport ein.

«Gesundheitspolitisch ist eine gute und realistische Grundversorgung zu gewährleisten. Anpassungen von Zulassungsbeschränkungen zu Ausbildung und Beruf wirken dem Fachkräftemangel entgegen.»



Baschi Dürr

Baschi Dürr, Jahrgang 1977, Vater von drei Kindern, wohnt im Kleinbasel. Der Ökonom spaziert, wandert und joggt gerne. Als ehemaliger Regierungsrat zählt er zu den erfahrensten Basler Politikern.

«Seit 175 Jahren stehen wir Freisinnigen für den Erfolg der Schweiz ein. Damit das so bleibt, brauchen wir die weltbesten Rahmenbedingungen.»

Renteninitiative der Jungfreisinnigen weist in die richtige Richtung. Wir stehen für die Modernisierung der Altersvorsorge, das flexible Rentenalter und für das bewährte 3-Säulen-System. Mehr Umverteilung führt in die sozialistische Sackgasse.



Sicherheit stärken, Abhängigkeit reduzieren!

Die FDP kämpft für umfassende Sicherheit. Dazu zählen die innere Sicherheit, wie Verteidigungsfähigkeit, sowie die Versorgungssicherheit. Wir stehen zu einer glaubwürdigen, modern ausgerüsteten Milizarmee. Der Spielraum der Neutralität soll genutzt werden, ohne deren rechtlichen Kern zu verletzen. Die Energie- und Stromversorgung hat für die FDP Priorität. Die Dekarbonisierung soll mit realistischen Annahmen und marktwirtschaftlichen Instrumenten vorangetrieben werden.

Ede Tschopp, Wahlkampfleiter

V. I. Christophe Haller, Silvia Schweizer, David Jenny, Erich Bucher



Zusammen mit der Hauptliste vertreten die insgesamt zwölf Nationalratskandidaten und -kandidatinnen von FDP Basel-Stadt fast drei Generationen und auch alle Gemeinden des Kantons.

FDP PLUS – vier mit Leistungsausweis

Profiliert. Liberal. Unternehmerisch. Solidarisch.

Unter dem Namen FDP Plus mit der Listennummer 26 treten vier bewährte Freisinnige vereint an zur Wahl für den Nationalrat. Sie ergänzen zusammen mit den Jungfreisinnigen und der FDP Stammliste das freisinnige Angebot. Alle Listen sind miteinander verbunden, so dass Stimmen für jede dieser Listen dem gesamten FDP-Paket zugutekommen.

Gemeinsam zum Erfolg beitragen

Das sind die vier Persönlichkeiten, die sich auf der Liste 26 FDP Plus zur Wahl stellen: Silvia Schweizer (Gemeinderätin Riehen, Unternehmerin), Erich

Bucher (Grossrat und Fraktionspräsident, Unternehmer), Christophe Haller (ehemals Grossrat und Präsident TCS beider Basel) sowie David Jenny (Grossrat, a. Grossratspräsident, Advokat). Ziel ist es, über die Parteigrenzen hinweg zusätzliche Stimmen zu gewinnen, damit der mögliche Sitzgewinn für die FDP Realität wird.

Prägnante Themensetzung

Folgerichtig setzt die FDP Plus im Wahlkampf auf eigene Themen: Aus- und Weiterbildung, Start-up-Förderung, Regelungsdichte sowie Altersvorsorge und selbstbestimmtes Leben.

In Bildungsfragen wollen wir durch Frühförderung und Ausbau der Weiterbildung dafür sorgen, dass die Schweizer Wirtschaft weiterhin konkurrenz-

fähig bleibt und die Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Weiter wollen wir die Rahmenbedingungen für KMU und Start-up-Unternehmen verbessern, da damit langfristig in der Schweiz Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden.

Wir wollen erreichen, dass die Regelungsdichte abgebaut wird und dass die Gesetzgebung im Parlament für alle verständlich und widerspruchsfrei erfolgt.

Einen weiteren Fokus legen die vier der FDP Plus auf die Selbstbestimmung und auf die Anliegen der über 60-Jährigen. Diese sind meist körperlich und geistig fit. Sie wollen weiter aktiver Teil der Gesellschaft sein – hier liegt Potenzial brach. Darum soll das Pensionierungsalter flexibler gestaltet und die AHV-Ehepaarrente durch die Individualrente ersetzt werden.

Durch Abschaffung administrativer Hürden und nicht mehr zeitgemässer Vorschriften soll es auch der älteren Generation ermöglicht werden, selbstbestimmt einen wichtigen Beitrag zu einer prosperierenden freiheitlichen Gesellschaft zu leisten.

FDP Plus ist auch Ihr Plus

Mit der starken Kandidatenauswahl auf den drei Listen der FDP nimmt unsere Partei das Ziel Rückeroberung des Nationalratssitzes mit voller Kraft in Angriff.

FDP Plus

Anzeige

Straumann Hipp Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen, Kundenmaurer- und Kundengipserarbeiten, Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG | Hardstrasse 92 | 4052 Basel | 061 311 38 60 | info@st-h.ch | straumannhipp.ch

V. I. Lionel Mumenthaler, Eugénie Flad, Isabel Jung, Jonas Lüthy.



Kandidatinnen und Kandidaten

Am 22. Oktober 2023 stehen die Wahlen für das nationale Parlament an. Die eidgenössischen Wahlen sind eine Richtungswahl. Wollen wir das Schweizer Erfolgsmodell vor den links- und rechtspopulistischen Kräften verteidigen und es in die Zukunft führen, braucht es wieder mehr liberale und lösungsorientierte Kräfte in Bern.

Wir Jungfreisinnige haben uns das zu Herzen genommen, jede Stimme zählt! Das gilt in doppelter Hinsicht: Bei einem Vergleich der Wähleranteile der FDP und GLP Basel-Stadt fällt auf, dass es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen kommen könnte, bei dem tatsächlich die Unterlistenverbindungen den entscheidenden Unterschied ausmachen. Wir Jungfreisinnige wollen und werden mit unserer qualifizierten und motivierten Liste das Zünglein an der Waage sein, welches der FDP den heutigen GLP-Nationalratssitz sichert. Unser ambitionierter Wahlkampf soll die Mär vom fehlenden freisinnigen Nachwuchs ein für alle Mal aus der Welt schaffen. Ich bin stolz, dass wir mit einem solch starken Team von vier motivierten und kompetenten Persönlichkeiten in den Wahlkampf ziehen können.

Jonas Lüthy, Präsident

Eugénie Flad ...

... absolvierte in Basel-Stadt die Matur und das International Baccalauréat am Gymnasium am Münsterplatz. Derzeit arbeitet sie als Flugbegleiterin. In einer Zeit, in der junge Stimmen und zukunftsorientierte Denkweisen gefragt sind, steht Eugénie Flad für realistische Ansätze ein. Es wür-

den sie viele Themen beschäftigen, so sagt sie zur Energiepolitik: «Die Schweiz steuert direkt auf eine Strommangellage zu. Es droht der Blackout. Ohne Strom stehen Gesellschaft und Wirtschaft still. Die Schweiz muss jetzt dringend für eine sichere, eigenständige und umwelt- und klimaschonende Stromversorgung sorgen. Eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes ist längst überfällig.» Sie konstatiert weiter, dass viele politische Themen nicht isoliert zu betrachten sind, vieles muss Hand in Hand funktionieren – Wirtschaft mit Klimaschutz oder Armee mit Schweizer Neutralität. Ganz grundsätzlich plädiert sie dafür, staatliche Teilnahme und Interventionen regelmässig kritisch zu hinterfragen.

Lionel Mumenthaler ...

... ist gelernter Metallbauer mit weiterführender Ausbildung zum Metallbaukonstrukteur und angehender Student in Betriebswirtschaft. Er verbindet seine KMU-Erfahrungen mit einem breiten fachlichen Blick auf die Wirtschaft. Er hält fest: «Menschen, die eine Lehre gemacht haben und dem Handwerk verpflichtet sind, haben einen schweren Stand in Bundesbern – das möchte ich ändern! Das Verständnis, dass jeder Franken zuerst

verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann, muss wieder gestärkt werden.» Politik mache er mit den Grundwerten Gemeinsinn und Fortschritt. Er setzt sich für junge Menschen ein, möchte eine nachhaltige Wirtschaft und faire Chancen für alle. Dies für eine bessere Zukunft mit gut ausgebildeten Arbeitskräften.

Isabel Jung ...

... politisiert mit den freisinnigen Werten Freiheit, Chancengleichheit und Fortschritt. Sie hat sich nach der Fachmatura für ein Studium in Pädagogik an der FHNW in Muttenz entschieden. Gefragt nach ihrer Motivation, für den Nationalrat zu kandidieren, sagt sie: «Die Staatsquote ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf ein beunruhigend hohes Niveau angestiegen, es werden z. B. über die Hälfte der Preise staatlich mitkontrolliert. Diese Tendenz ist gefährlich, denn sie gefährdet die Anpassungsfähigkeit unseres wirtschaftlichen Erfolgsmodells und belastet den Mittelstand. Es ist Zeit, Gegensteuer zu geben!» Neben ihrem politischen Engagement ist sie Serviceangestellte in einem Restaurant. Die daraus gewonnene Ausdauer- und Durchsetzungsfähigkeit möchte sie in die Politik tragen – im Einsatz für eine liberale, faire und fortschrittliche Schweiz.

Jonas Lüthy ...

... ist seit seinem sechzehnten Lebensjahr politisch engagiert. Der unterdessen 20-Jährige ist Präsident der Jungfreisinnigen Basel-Stadt und seit dem vergangenen März auch Vizepräsident der nationalen Jungpartei. Neben seinem politischen Engagement studiert er Rechtswissenschaften und arbeitet als Verwaltungsratssekretär. Gefragt, warum man ihn wählen solle, antwortete er: «Ich stehe für reformorientierte, zukunftsgerichtete und liberale Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik mit Herz und Verstand. Freiheit und Verantwortung sind für mich unzertrennlich, darum kämpfe ich für Chancen- und Leistungsgerechtigkeit.» Weiter gebe es grosse Herausforderungen, die darauf warten, angepackt zu werden. Die Krankenkassenprämien seien zu hoch und das System ineffizient. Es sei höchste Zeit, das Gesundheitswesen gesundzupflegen und die zahlreichen Fehlanreize zu beseitigen. Selbstredend gibt es viele weitere wichtige Themen: Arbeitskräftemangel, Klimaerwärmung, aber auch die gesellschaftliche Kohäsion, die zunehmend unter Druck gerät. Wichtige Themen, die liberaler Lösungen bedürfen.

Karin Sartorius zur «Frauenförderung in der Politik»

Im Interview mit Eva Biland

Karin Sartorius



Liebe Karin, du bist am 18. April aus dem Grossen Rat ausgetreten. Für die FDP ist es besonders bedauerlich, mit dir die einzige freisinnige Grossrätin zu verlieren. Statt einer Würdigung deines Einsatzes für unsere Partei haben wir zwei uns für ein Interview zum Thema «Frauenförderung in der Politik» entschieden.

Als wie wichtig erachtest du bei politischen Debatten eine gewisse Geschlechterparität? Gibt es viele Tagesgeschäfte (ev. geschätzte Prozentangabe), bei welchen eine geschlechterspezifische Sicht/Wahrnehmung eine Rolle spielt oder von Vorteil ist?

Die Geschlechterparität in politischen Debatten ist von grosser Bedeutung, da sie sicherstellt, dass eine breite Palette von Perspektiven und Erfahrungen vertreten ist. In Bezug auf die Anzahl der Tagesgeschäfte, bei denen geschlechterspezifische Sichtweisen eine Rolle spielen, lässt sich nicht leicht eine genaue Prozentangabe ermitteln. Allerdings ist offensichtlich, dass Themen wie Familienpolitik, Gleichstellung, Bildung und Gesundheit oft von geschlechtsspezifischen Aspekten beeinflusst werden. Eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern in politischen Diskussionen stellt sicher, dass alle relevanten Blickwinkel berücksichtigt werden.

War es dir persönlich wichtig, dich als berufstätige Familienfrau in die Politik einzubringen, oder standen politische Parteiwerte bei deiner Arbeit im Vordergrund?

Beides. Das Streben nach einer ausgewogenen Geschlechterrepräsentation und die Förderung gleicher Chancen waren für mich und meine politische Arbeit als berufstätige alleinerziehende Frau von drei Kindern und meine Überzeugungen bezüglich politischer Parteiwerte gleichermaßen zentral. Authentizität spielt eine entscheidende Rolle in der Politik – nur so kann ich überzeugend auftreten.

Mit welchen Argumenten würdest du Frauen zur Parlamentsarbeit ermutigen wollen?

Frauen wie Männer sollten zu Parlamentsarbeit ermutigt werden. Es ist ernüchternd, dass bei den bürgerlichen Frauen diese Ermutigung weniger erfolgreich ist. Trotz unserer beeindruckenden, erfahrenen und politisch engagierten Frauen inner-

halb der Partei erzielen sie bei den kantonalen Grossratswahlen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen weniger Erfolg. Die Frage, die sich stellt, ist: Warum ist das so? Welche Faktoren sind wichtig, um gewählt zu werden? Ein solcher Faktor könnte der Bekanntheitsgrad sein. Auch wenn politisches Geschick vorhanden ist, wird jemand, der sich verbirgt, nicht gewählt. Ein umfangreiches Netzwerk ist von grosser Bedeutung. Dieses zu pflegen erfordert Zeit, Mut und Know-how, um es zum richtigen Zeitpunkt mobilisieren zu können. Hierbei haben viele Frauen Hemmungen. Sich selbst zu vermarkten und in den Fokus zu rücken, ist eine Herausforderung, die angegangen werden muss. Es erfordert einen aktiven Schritt, um die eigene Stimme hörbar zu machen und die eigenen Qualifikationen zu präsentieren.

Welches sind aus deiner Sicht wichtige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie?

Die Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie erfordert flexible Strukturen, die es ermöglichen, politische Aufgaben mit den Anforderungen des Berufs- und Familienlebens in Einklang zu bringen. Die Schaffung von Unterstützungsmassnahmen wie flexible Arbeitszeiten und Kinderbetreuung ist sowohl auf politischer Ebene als auch in der Arbeitswelt unerlässlich.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist der partnerschaftliche Ansatz innerhalb einer Beziehung. Wer übernimmt die Care-Arbeit? Haushaltsaufgaben und Kinderbetreuung sollten von beiden Partnern gleichermaßen getragen werden. Dies schafft Raum und Flexibilität für beide, sich politisch zu engagieren, ohne dabei die persönlichen und familiären Verpflichtungen zu vernachlässigen.

Wo siehst du Möglichkeiten zur Frauenförderung in einem Milizparlament?

In einem Milizparlament wie unserem bieten sich vielfältige Möglichkeiten zur Frauenförderung. Gezielte Programme zur politischen Bildung und Vernetzung können einen signifikanten Beitrag leisten. Mentoringsysteme, Schulungen zur Stärkung der politischen Fähigkeiten und der Austausch von Erfahrungen tragen dazu bei, dass Frauen sich in der politischen Arena sicherer fühlen und ihre Präsenz stärken. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass wir bereits über talentierte und kompetente Frauen in unserer Partei verfügen. Ihre Stärken sind vorhanden, aber es fehlt oft an einem effektiven Netzwerk, das sie zum richtigen Zeitpunkt mobilisieren können, um bei Wahlen erfolgreich zu sein. Dieses Netzwerk finden sie oft ausserhalb der Partei, indem sie Vorstandsfunktionen in Fasnachtscliquen, Sportvereinen, Elternräten oder Quartiervereinen übernehmen. Mach dich sichtbar! Es ist daher wichtig, solche Potenziale und Netzwerke zu stärken und zu fördern.

Wo siehst du Möglichkeiten zur Frauenförderung innerhalb einer Partei?

Ich bin überzeugt, dass – auch ohne Quotenkultur – wir innerhalb der Partei eine Kultur der aktiven Unterstützung schaffen können.

Die Netzwerkexperten/-innen unter uns könnten beispielsweise damit beginnen, immer eine FDP-Kollegin mitzunehmen – quasi ein aktives Mentoring. Durch solche eine Begleitung könnten wir gezielt FDP-Frauen ermutigen, ihre Netzwerke zu erweitern und mehr Präsenz zu zeigen. Und ich meine hier nicht nur im politischen Kontext. Geht an Vernissagen und an Eröffnungen von Ausstellungen, wenn euch Kunst interessiert. Diese Art des aktiven Engagements kann dazu beitragen, dass Frauen auch ausserhalb der Partei sichtbar werden und ihre Qualifikationen besser zur Geltung bringen können.

Interview: Eva Biland, Co-Vizepräsidentin

Daniel Seiler bei seinem ersten Votum im Grossen Rat.



Mein erstes halbes Jahr im Grossen Rat –

ein Erfahrungsbericht

Am 8. Februar war es so weit, ich durfte im Grossratssaal als Nachrückender für Mark Eichner den Stuhl mit der Nummer 85 einnehmen. Es war mir eine grosse Freude, in die Prozesse im Grossen Rat eingeweiht zu werden und meine Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat kennen lernen zu dürfen.

Gleich nach der ersten Grossratssitzung ging es auch mit den Sitzungen der Finanzkommission los. Die Prüfung der Jahresrechnung stand auf der Agenda. Es war ein interessanter, aber auch intensiver Prozess – das Studium, das Hearing und der Bericht über die Jahresrechnung.

Sanierung Spiegelhof für 80 Millionen

Ich wurde in der Finanzkommission freundlich aufgenommen und ich durfte mich schergewichtig mit dem Justiz- und Sicherheits-Departement (JSD) auseinandersetzen. Ein Fokusthema war der Spiegelhof. Die Sanierung des Spiegelhofs im Rahmen der Umsetzung der Zwei-Zentralen-Strategie umfassten ursprünglich Kosten von 46 Millionen Franken. Man ging ursprünglich davon aus, dass die über den Projektperimeter hinausgehenden Bauteile des Gebäudes nicht sanierungsbedürftig seien. Im Jahr 2022 wurde aber festgestellt, dass auch dieser Teil des Gebäudes totalsaniert werden muss. Die Kosten erhöhten sich um 33 Millionen auf fast 80 Millionen Franken. Im Bericht der Fi-

nanzkommission monierten wir, warum man den Sanierungsbedarf nicht schon bei der Projektierung erkannt habe. Einer der wesentlichen Gründe für die hohen Kosten liege gemäss JSD bei der Erdbenenertüchtigung. Die sehr hohen Gesamtkosten lassen heute die Frage zu, ob ein Neubau nicht die bessere Variante gewesen wäre.

Votum zur Jahresrechnung: Spielraum für Steuersenkungen

Nach dem Bericht zur Jahresrechnung folgte das Votum im Ratssaal. Ich ging dabei auf allgemeine Kennzahlen und ausgewählte Projekte ein und betonte, dass es dem Kanton nach wie vor gut, ja sehr gut gehe. Wir leben in Basel immer noch im Schlafraffenland. Obwohl die Gesamtausgaben und der Personalbestand laufend zunehmen, nehmen die Überschüsse nicht ab. Der Kanton kassiert jährlich Hunderte von Millionen zu viel an Steuern ein. Beim Votum verwies ich auch auf die am gleichen Tag eingereichte Motion der FDP für die Einkommenssteuersenkungen.

Vorstösse zur Positionierung der FDP

Neben den Ratssitzungen, der Fraktionsarbeit und den Kommissionssitzungen ist auch die Formulierung und Einreichung von Vorstössen und deren Verfechtung in der Ratsdebatte ein wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit. Da die FDP im Moment nicht in der Regierung vertreten ist, sind Vorstösse ein sehr wichtiges Instrument, um die Positionen und die Werte der FDP in den politischen Prozess einzubringen und um das Profil der Partei zu schärfen.

Felix Platter ein Rolls-Royce

Mein erster Vorstoss war eine Interpellation zum Abschreiber beim Felix-Platter-Spital. Der Abschreiber von 92 Millionen Franken ist zu einem wesentlichen Teil dadurch begründet, dass man mit dem neuen Spital einen Rolls-Royce gebaut hat, wo ein Volkswagen zweckmässig gewesen wäre. Weil zu teuer gebaut wurde und das Gebäude zu viele tote Flächen hat, die man nicht bewirtschaften kann, wurde zu wenig Geld eingenommen, damit man die ordentlichen Abschreibungen vornehmen konnte. Leider ist mit dem Abschreiber das Thema noch nicht erledigt, denn die Spitäler fordern national höhere Abgeltungen. Es ist absehbar, dass höhere Tarife und Abgeltungen zu noch höheren Krankenkassenprämien führen werden. Einen Vorstoss im Zusammenhang mit den hohen Krankenkassenprämien werde ich im September einreichen.

Bauprojekte müssen schneller gehen

Ein weiterer breit abgestützter Vorstoss, der die Beschleunigung von staatlichen Bauprojekten fordert, wurde erfreulicherweise durch die Ratsmehrheit überwiesen. Die Regierung muss nun berichten, wie sie die Bauprojekte in Zukunft um einen Drittel beschleunigen kann.

Ich blicke auf interessante Monate im Grossen Rat zurück und freue mich, nach den Sommerferien die Arbeit im Parlament weiterzuführen und meinen Beitrag dazu zu leisten, damit das Steuergeld in Basel-Stadt für Bauprojekte und andere Projekte der Verwaltung effizient und gezielt eingesetzt wird.

Daniel Seiler,
Grossrat und Präsident FDP Kleinbasel

Wahlauftakt im Schützenhaus

Parteitag am 21. August 2023

Der erste Parteitag nach der politischen Sommerpause stand ganz im Zeichen des Wahlauftaktes für die bevorstehenden Nationalratswahlen am 22. Oktober 2023. Es war denn auch eine Ehre, am Abend Roberto Ramphos, FDP-Kampagnenleiter, begrüßen zu dürfen. Ramphos schien sichtlich angetan ob der breit aufgestellten Kandidaten und Kandidatinnen aus dem Stadtkanton und wünschte in sich übertragender Kampffreude gutes Gelingen. Präsident Johannes Barth betonte, wie wichtig ihm die Abgrenzung von anderen Parteien sei. Während andere populistische Lösungen verfolgen, setzt er sich mit seiner Partei für pragmatische und liberale Lösungen ein, für eine offene und in-



tegrative Gesellschaft und lehnt den Protektionismus und die Fremdenfeindlichkeit ab, die andere zu fördern scheinen.

Die Parteimitglieder hatten die Möglichkeit, am Abend die Kandidaten und Kandidatinnen noch besser kennen zu lernen. Jonas Lüthy und Christoph Haller stellten die beiden Unterlisten **FDP Plus** und **Jungfreisinnige** vor. Lüthy betonte, wie wichtig es sei zu beweisen, dass die «Generation Z» auch leistungsbereite Vertreter habe, und er räumte mit seiner Kandidatenliste glaubhaft jegliches Vorurteil gegen Generation Z weg. Zum Vorurteil gegenüber der Generation «Babyboomer» hingegen – von welcher oft behauptet wird, sie sei-



en für die vielzitierte Schiefelage der aktuellen Gesellschaftspolitik verantwortlich – äusserte sich David Jenny charmant dahingehend, dass die Kandidaten der FDP Plus eben bereit seien, sich mit ihrer Kompetenz und Erfahrung aktiv weiterhin in die Politik einzubringen, und Christophe Haller unterstrich das Potenzial von FDP Plus der Gesellschaft eben etwas zurückgeben zu können.

Gekonnt moderierte Jonas Lüthy im Stil der TV-Show «Glanz und Gloria» eine Fragerunde mit den Hauptlistenkandidaten. Das humorvoll inszenierte «politische Verhör» sorgte denn auch für allerhand Unterhaltung. Gut gelaunt ging man denn auch noch beim Ausgang durch das Blickfeld der Fotobox-Linse für ein paar Schnappschüsse und genoss zusammen den heissen Sommerabend bei feinen Grilladen im Schützenhausgarten.

Eva Biland, Co-Vizepräsidentin FDP Basel-Stadt

Steuerpolitik

Ehegatten und Konkubinatspaare gleich behandeln

Wer eine Erbschaft oder eine Schenkung erhält, muss Erbschafts- oder Schenkungssteuern bezahlen. Ehegatten der verstorbenen oder schenkenden Person sind von dieser Steuerpflicht befreit. Anders hingegen bei Konkubinatspaaren: Diese unterstehen einem reduzierten Steuersatz von sechs Prozent, sofern sie zum Zeitpunkt der Entstehung des Steueranspruchs seit mindestens fünf Jahren in gemeinsamem Haushalt mit gleichem steuerrechtlichem Wohnsitz gelebt haben.

Diese Regelung stammt aus dem Jahr 2003 und geht auf einen Anzug zurück, der die Gleichbehandlung von Ehegatten mit qualifizierten hetero- und homosexuellen Konkubinatspaaren forderte. Der Regierungsrat hielt damals die vollständige Gleichstellung nicht für richtig, weil das ZGB kein Institut für nichteheliche Lebensgemeinschaften kenne.

Diese Haltung ist heute nicht mehr zeitgemäss. Sowohl die Rechtsstellung als auch die Akzeptanz

von Konkubinatspaaren haben sich über die letzten 20 Jahre wesentlich verändert. Deshalb haben zahlreiche Kantone – z. B. Graubünden, Luzern, Nidwalden, Uri und Zug – vorgesehen, dass auch diese Paare unter gewissen Voraussetzungen wie Ehegatten ganz von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit werden.

Dies stünde auch unserem Kanton gut an, der zu den treibenden Kräften für die Einführung einer zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung gehört. Die FDP fordert deshalb in einer Motion eine entsprechende Änderung des Steuergesetzes, wonach künftig Konkubinatspaare bei Erfüllung geeigneter Voraussetzungen mit Ehegatten gleichgestellt und von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit werden.

Luca Urgese, Grossrat

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

- 16. September Standaktion Nationalratswahl FDP Kleinbasel
- 18. September Einladung FDP Grossbasel-Ost im Meret Oppenheimer Hochhaus
- 23. September Standaktion Nationalratswahl FDP Grossbasel-Ost
- 7. Oktober Standaktion Nationalratswahl FDP Grossbasel-West
- 16./17./18. Okt. Standaktion Nationalratswahlen
- 22. Oktober Eidgenössische Parlamentswahlen
- 23. Oktober Parteitag
- 3. November FDP Frauen Führung durch das Zivilgericht

Ständeratswahlen

Ständeratskandidat der bürgerlichen Listenverbindung (FDP, LDP, GLP, Mitte, EVP)

Seit ich mit 20 Jahren in die Politik eingestiegen bin, arbeite ich stetig daran, dass es in Basel vorwärtsgeht. Sei es beim Steuerabzug der Krankenkassenprämien, der eine wirksame finanzielle Entlastung für die Menschen in unserem Kanton darstellt, oder bei der Grunderhaltung des Landhofes, für mich stehen stets die Anliegen der Menschen im Zentrum. Der Dialog mit meinen Mitmenschen inspiriert und motiviert mich in meiner politischen Arbeit.

In Bern will ich mich als Mitglied der grössten Ständeratsfraktion für den Standort Basel einsetzen. Es gibt viel zu tun: das Verhältnis zu Europa muss sich langfristig klären und neue Grundlagen müssen geschaffen werden, damit der Wirtschaftsmotor Basel weiterhin gedeihen kann. Die baselstädtische Infrastruktur muss in Bern auf die Traktandenliste.

Damit unsere Region auch künftig wettbewerbsfähig bleibt und ein attraktiver Wohnort ist, brauchen wir den Anschluss an die Triregionalen Netze. Es braucht das



Balz Herter, Partei Mitte.

Herzstück, wir brauchen den Rheintunnel und trinationale S-Bahn, den Gundelitunnel, das Hafenbecken 3, den Zubringer Bachgraben und die Bahnanbindung an den Euroairport. Und das nicht erst 2070, sondern sofort.

Ich will mich mit meiner Stimme im Ständerat für eine offene, tolerante Gesellschaft einsetzen. Ich stehe für ein Miteinander aller Menschen in der Schweiz und gegen eine extreme Polarisierung von links oder rechts, bei der niemand etwas gewinnt. Nur gute Kompromisse und eine breit abgestützte Konsenspolitik bringen die Schweiz vorwärts. Ich freue mich sehr über Ihre Unterstützung und Ihre Stimme für den Wahlgang vom 22. Oktober 2023!

Balz Herter, Grossrat und Mitte-Präsident

«Praxis der Freiheit»:

Das neue Buch von Baschi Dürr jetzt im Handel!

Was bedeutet es, wenn die grossen liberalen Ideen zwischen Staat und Freiheit, Gesellschaft und Gemeinschaft auf dem harten politischen Alltag aufschlagen? Der freisinnige Baschi Dürr, langjähriger Basler Justiz- und Sicherheitsdirektor, geht dem nach – von der Fasnacht bis zur Wohnpolitik, von Banknoten bis zur Mondladung, von James Bond bis zum Gefängnisbau. Liegt der realpolitische Hund bei den Politikern oder den Beamten begraben? Wie haben Klimawandel und Corona-Pandemie den Diskurs verändert? Welche Minderheiten sind bedroht, was erklärt das Naturgesetz der un-

gehemmt wachsenden Verwaltung – und scheidet die Freiheit immer nur an den Linken oder doch auch wegen der Bürgerlichen? Baschi Dürr bringt mit kurzen Texten und prägnanten Gedanken, gesammelt über die letzten Jahre, die Praxis der Freiheit auf den Punkt.



**Verlag NZZ Libro;
für 22 Franken im
Buchhandel erhältlich.**

Anzeige

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Telefon 061 641 03 30

Postfach 108

4125 Riehen1

soderbau@bluewin.ch

Ausführung von Neu- und Umbauten, Reparaturen, Gerüstbau, Diamantkernbohrungen, Beton- und Fassadensanierungen

Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Was ist schiefgelaufen, das nicht hätte schiefgehen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Je länger, je mehr wird offensichtlich, dass «unser» Regierungspräsident Beat Jans sich zum lokalen «King of woke» entwickelt. Der jüngste Beweis: der aus seinem Departement stammende Furz bezüglich Kleinfirmen, die bei Ausschreibungen nun auch Lohngleichheit nachweisen müssen. Manche wären wohl froh, würde er nach Bern in den Bundesrat gewählt, dann wären wir ihn los. Aber könnte er dort nicht sogar mehr wokes Zeug anrichten?

Währenddessen überlegt sich auf der anderen Seite der Birs Jans' SP-Gschpusi Eric Nussbaumer, wie er den frauenunfreundlichen Zürcher Parteikollegen Daniel Jositsch verhindern kann und ob er deshalb selber kandidieren soll. Echt jetzt?

Rot und Grün geärgert haben sich die Parteispitzen der FDP, LDP, Die Mitte und EVP über die «Partnerpartei» GLP im Rahmen der Verhandlungen über die Listenverbindungen. Als durchgesickert ist, dass die zuverlässig unzuverlässige GLP mit einer Rekordzahl an Listen antreten will, war die Stimmung der Leitenden im Keller. Aber das Absingen wüster Lieder endete gutschweizerisch in einem «Kompromiss».

Der von einigen gewünschte, von anderen gemiedene Alternativpartner SVP zeigte sich auch nicht von der besten Seite, wie Verhandlungen in anderen Kantonen zeigen.

Das Stadtmobiliar wächst und wächst. Neben der steigenden Zahl an herumstehenden roten Mietvelos stehen nun auch zahlreiche Sträucher und Bäumleins in Töpfen auf Plätzen und Brücken. Sie spenden «Schatten» und retten das Stadtklima. Angeblich. Sogar neckische Sitzgelegenheiten mit Dächli gibt es für die Flanierenden. Fehlen nur noch die «blumete Tröögli». Ach, hatten wir ja letztes Jahr in Form bepflanzter Brunnen.

Ausgerechnet das Tamedia-Produkt «Sonntags-Zeitung» veröffentlichte eine Studie, die belegen soll, dass urbane, gebildete und gut bezahlte Linke intoleranter seien gegenüber Andersdenkenden als Konservative. Ups, da hat ein Medium aus einem woken Verlag für einmal eine Eichel gefunden. Klar, wir vom Stammtisch haben das ja schon immer über die Cüpli-Linken gewusst. Oder?

Kommen diese «Trends» zu uns? Kündigung von Bankbeziehungen wegen politischer Einstellung (passiert in England und in Kanada), unterschiedliche juristische Verfolgung von Parteifreunden und Gegnern (USA, Brasilien und andere Drittweltstaaten). Wer das nicht will, wählt FDP.

Rathaustürsteher

FDP Grossbasel West – im Zeichen des Wahljahres

Mitgliederversammlung 2023

Im Vorfeld zu unserer Mitgliederversammlung im Mai fand ein gesellschaftlicher Anlass im Universitätsspital Basel (USB) statt. Mit der neuen Strategie 2025 festigt das Universitätsspital Basel seine Position in der Region und bereitet sich auf die Zukunft vor. Zudem werden die Strukturen einer Modernisierung unterzogen. Das Projekt «Neubau Klinikum 2 und 3» wurde uns gemeinsam mit unseren Mitgliedern durch Frau Semya Ayoubi, Generalsekretärin Universitätsspital Basel, vorgestellt. Weshalb braucht es ein neues Klinikum? Das Klinikum 2 am Petersgraben wurde 1976 in Betrieb genommen und erfüllt aufgrund neuer Normen und Gesetze die baulichen Standards heute nicht mehr. Weil eine Sanierung des bestehenden Gebäudes aus ökonomischen und betrieblichen Gründen keinen Sinn macht, will das Universitätsspital einen Spitalneubau realisieren. Was ist geplant? Um anstehende Erneuerungen und Erweiterungen zukunftsorientiert umzusetzen, plant das Universitätsspital Basel im Rahmen des Masterplans Campus Gesundheit nebst dem Klinikum 2 einen weiteren Neubau entlang der Schanzen- und Klingelbergstrasse (Klinikum 3). Die Bauphase erfolgt im laufenden Betrieb im Zeitraum von 2024 bis 2038. Die Gesamtkosten für die Weiterentwicklung des Campus Gesundheit liegen nach aktueller

Einschätzung bei rund 1,4 Milliarden Franken über die nächsten sechzehn Jahre.

Im Anschluss an die Vorstellung des Projekts fand der statutarische Teil der Mitgliederversammlung des QV FDP Grossbasel-West statt. Anlässlich der Mitgliederversammlung wurden **Vojin Rakic** (neu als Präsident), **Tamara Alù**, **Ivo Dändliker**, **Stefan Inderbini** und **Dimitri Gutzwiller** in ihren Ämtern bestätigt. Neu in den Vorstand für eine einjährige Wahlperiode wurde **Paul Haberrühr** gewählt. Den Vorstand erweitern unsere beiden Grossräte als Ex-officio-Mitglieder: **Luca Urgese** und **Christian Moesch** (Nachrückender von Karin Sartorius-Brüschweiler). Wir gratulieren den neugewählten Mitgliedern und freuen uns auf die gemeinsamen Herausforderungen und die Zusammenarbeit im Vorstand des QV FDP Grossbasel-West. Den Abend liessen wir bei einem gemeinsamen Apéro ausklingen. **Baykan Oezmen** trat aus dem Vorstand (Co-Präsident) zurück. An dieser Stelle danken wir Baykan Oezmen für seine Mitwirkung im Vorstand.

Bürgergemeinderatswahlen – engagiert zum Ziel

Der grosse Einsatz für die Bürgergemeinderatswahlen hat sich gelohnt. Die FDP konnte ihre bis-



herigen Sitze bestätigen. Wir gratulieren unseren beiden QV-Mitgliedern, **Christian Egeler** und **Walter Brack**, zur Wiederwahl und danken allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Wahl aufgestellt haben und den Wahlkampf mit grossem Engagement bestritten haben.

Vojin Rakic, Präsident QV FDP Grossbasel-West

Gegen sexualisierte Gewalt helfen staatliche, aber auch private Massnahmen

FDP Frauen Basel-Stadt (FFBS) organisiert Selbstverteidigungskurs

Auch in Basel kommt es immer wieder zu sexuellen Übergriffen und gar Vergewaltigungen. Die FFBS nimmt diese Entwicklung mit grosser Betroffenheit zur Kenntnis – und handelt: Nachdem sie letztes Jahr Vorstösse zur sexualisierten Gewalt eingereicht hat, organisierte sie am 26. August 2023 einen Selbstverteidigungskurs für Frauen aus der Region Basel.

Ende 2022 forderte die FFBS mittels Vorstössen im Grossen Rat eine Präventionskampagne zur sexualisierten Gewalt an den Basler Schulen und eine öffentliche Kommunikationskampagne in Basel. Dies mit Erfolg, in beiden Bereichen geht es nun vorwärts: Der Regierungsrat erarbeitet in den nächsten zwei Jahren ein Konzept für die Präventionskampagne; 2024 plant die Kantonspolizei, die schweizweite Sensibilisierungskampagne «sicher unterwegs» auch in Basel zu lancieren. Ebenfalls nimmt die FFBS mit Befriedigung zur Kenntnis, dass in Basel-Stadt das sogenannte Bedrohungs-

management, ein wichtiger Meilenstein, nun gestartet ist.

Die FFBS steht darüber hinaus seit jeher aber auch für Eigenverantwortung; sie übernimmt Verantwortung für die Gemeinschaft und unterstützt das freiwillige Engagement. Vor diesen Grundwerten hat die FFBS am 26. August zusammen mit der Firma Pantex einen kostenlosen Selbstverteidigungskurs für Frauen aus der Region organisiert. Im dreistündigen Kurs wurde den Frauen gezeigt, wie sie in Notfallsituationen agieren können.

36 Frauen aus der Region trafen am Morgen des 26. August voller Spannung in der St.-Jakobs-Halle ein. Nach einer kurzen Begrüssung ging es los: Die Firma Pantex leitete durch drei Posten: Beim ersten Posten ging es um rechtliche Grundlagen und um erste Basics, wie z. B. eine sichere Standposition. Beim zweiten Posten zeigten freiwillige Sicherheitskräfte der Firma Pantex verteidigende Handgriffe, Schlagtechniken und Ablenkungsma-



növer. Und beim letzten Posten ging es um den Bodenkampf. Nach drei Stunden Schlagabtausch waren sich die Teilnehmerinnen einig: Sie gehen gestärkt aus dem lehrreichen Kurs mit wertvollen Tipps und Tricks zur Selbstverteidigung nach Hause. Es bleibt allerdings zu hoffen, dass diese nie angewendet werden müssen. Auch hoffen die FDP Frauen mit diesem Initialprojekt, möglichst viele Frauen zu motivieren, selbst aktiv zu werden. Ein grosses Dankeschön an dieser Stelle an die Firma Pantex!

Tamara Alù, Präsidentin FFBS

FDP Frauen im Tierpark Lange Erlen

Generalversammlung der FFBS

Am Donnerstag, dem 1. Juni, einem herrlichen Frühsommerabend, versammelte sich ein Grüppchen interessierter Frauen vor dem Eingang zum Tierpark Lange Erlen. Dank der Organisation durch Daniel Seiler und unter der kundigen Führung von Tierpfleger Urs lernten wir auf dieser einstündigen Führung vieles. Wussten Sie beispielsweise, dass ein Hirschgeweih aus Knochen besteht und sich warm anfühlt, weil es durchblutet ist? Oder dass die schwarzen Schwäne aus Australien stammen? Oder dass Wildkatzen ihre Partnerschaft auf Distanz leben? Wir hätten unserem Guide gerne noch länger zugehört, doch die Pflicht rief. Speditiv führte Präsidentin Tamara Alù durch die Traktanden der Generalversammlung, Ines Brunner erläuterte die Finanzen, Fabienne Beyerle verlas den Revisionsbericht, dem Vorstand wurde Décharge erteilt und Sandra Siehler Wagner neu in den Vorstand gewählt. Bei einem gemütlichen Nachtessen auf der Terrasse des Gartenrestaurants



liessen wir den Abend ausklingen. Die FFBS freuen sich, dass Kandidierende für den Nationalrat am Anlass dabei waren.

Elisabeth Spreng Troller, Vorstandsmitglied

FDP Kleinbasel

Auf grosser Fahrt

Mitte Juni traf sich auf Einladung der Grossratsfraktion eine illustre Gruppe der FDP für eine Langschiff-Fahrt auf dem Bach. Bei herrlichem Wetter wurde die Gesellschaft seemännisch durch den Fischerclub Basel empfangen und durch den Langschiff-Kapitän Cedric Näf in die Gepflogenheiten des Langschifffahrens eingeweiht. Und dann ging es schon los – einmal den Bach hoch zur Schleuse und einmal runter in den Rheinhafen. Nach der Rückkehr wurden die durstigen Gäste bereits in der Fischerclub-Klause von Silvia Kubena-Borer zum köstlichen Apéro erwartet. Anschliessend ging es ins Torstübli zum Spargelessen bei Lotti Weber. Ein rundum gelungener Anlass für die FDP im Kleinbasel.



Daniel Seiler, Grossrat

Die Jungfreisinnigen stellen sich vor

In unserer Rubrik erfahren Sie heute mehr über Kerem Uslu

Jungunternehmer Kerem Uslu wagt den Sprung vom jungen Unternehmer zum jungen Politiker. Der 22-Jährige gründete noch während seiner Gymnasialzeit mit ein paar Freunden seine eigene Firma. Unterdessen hat die in Basel angesiedelte Werbeagentur 11 Mitarbeiter und produziert Grafik und Kommunikationskonzepte für KMU und Grosskonzerne. Eine weitere Firma Uslus hat im Rahmen des Company-Programmes von Young Enterprise Switzerland im Jahr 2019/2020 den the Best Branding Award und the Most Innovative Product Award der UBS gewonnen. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist ihm aber ebenso wichtig. So nimmt er im Vorstand einer studentischen Verbindung der Universität St. Gallen Einsitz, die junge Zugänge aus dem Grossraum Basel unterstützt. Ganz nebenbei – so scheint es – studiert Uslu Rechtswissenschaften.

Seine Erfahrungen als Werber und Unternehmer möchte er nun in die Politik tragen: «Ich habe bisher

Geschichten und Kommunikationsstrategien für Firmen konzipiert und gestaltet, jetzt möchte ich das Gleiche gerne in einem politischen Kontext tun.» Wir Liberale können das insgesamt noch besser, als wir das heute machen, so die Analyse Uslus. Im kommenden September wird Uslu für den Vorstand der Jungfreisinnigen Basel-Stadt kandidieren.

Darauf angesprochen, was ihn in die Politik treibt, führt Uslu aus: «In Basel erlebe ich zurzeit eine wachsende Polarisierung und Ideologisierung in der Politik – was es braucht, ist jedoch das Gegen-

teil. Ich möchte Themen in den Vordergrund stellen, die mich als Unternehmer in meinem Alltag prägen. Allen voran Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten für KMUs und Standortbedingungen für Nachhaltigkeitsprojekte aus dem Life-Science-Bereich, denn: Eine starke und liberale Wirtschaftspolitik ist zentral für unseren Wohlstand.

Auf die Frage, was seine politische Ambition ist, antwortet Kerem Uslu mit einem breiten Lächeln: «Zürich den Titel als schweizweit beste Start-up-Stadt wegzunehmen.»

Anzeige



Kerem Uslu



Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10 +41 (61) 641 17 54
 Postfach 108 lergenmueller@bluewin.ch
 4125 Riehen 1 www.lergemuellerag.ch

Keramik-, Mosaik- & Natursteinverlegung

Reparatur- & Wartungsservice



FDP

Die Liberalen

FDP Die Liberalen Schweiz, Albenberggasse 20, 3011 Bern

**Wir machen
die Schweiz stark!**

**Kraftwerke bauen.
Blackouts verhindern.**

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die Stromimporte aus dem Ausland entpuppten sich als links-grüne Illusion. Zudem blockieren Umweltverbände noch heute den Ausbau von Wasser-, Solar- und Windkraftwerken in der Schweiz und torpedieren den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Diese Politik führt in den Blackout! **Wer mehr Strom will, wählt FDP.**

www.fdp.ch/strom

FDP

wählen!



«In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig.»

Hol dir dein persönliches Video!

Jetzt für die FDP mobilisieren

Für die Schlussphase des Wahlkampfs hat die FDP ein innovatives Videoprojekt lanciert. Wer sich jetzt registriert, erhält nächste Woche von Parteipräsident Thierry Burkart ein persönliches Video.

In weniger als sechs Wochen finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die FDP und ihre über 600 Kandidierenden in allen Kantonen kämpfen bis am 22. Oktober für mehr freisinnige Politik in Bundesbern, damit das Erfolgsmodell Schweiz auch in Zukunft Bestand hat. In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig. Jetzt gilt es, alle Parteimitglieder, freisinnig denkende und FDP-nahe Menschen in der Schweiz davon zu überzeugen, FDP zu wählen. Als Partei, die für Innovation und Technologieoffenheit steht, nutzt die FDP hierzu ein neues Instrument.

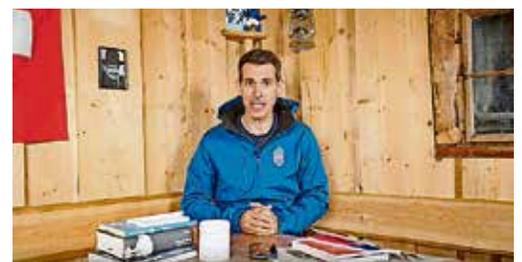
dern geht auch auf die spezifischen Verhältnisse in deinem Kanton ein. Gerade in den Ständeratswahlen winkt der FDP die Möglichkeit, stärkste Partei in der kleinen Kammer zu werden. Dafür treten eine Vielzahl engagierter Kandidierender an, die im personalisierten Video ebenfalls präsentiert werden. Ab sofort kannst du dein persönliches Video bestellen und es an deine Freunde, Bekannten und Familienmitglieder schicken, damit sie sich auch registrieren. Gemeinsam treten wir eine freisinnige Welle los, damit die FDP am 22. Oktober Wahlsiegerin wird.

Thierry Burkart für dich

Registriere dich jetzt, dann erhältst du nächste Woche ein persönliches Video von Parteipräsident Thierry Burkart. Sag uns, für welche Themen du dich interessierst, und Thierry Burkart erzählt dir, welche Lösungen die FDP bereithält. Thierry Burkart nennt dich nicht nur beim Namen und spricht über die Themen, die dir wichtig sind, son-



QR-Code scannen und persönliches Video bestellen.



«Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten.»

SVP in dieser Situation gegen die Personenfreizügigkeit kämpft, ist zweckwidrig und unverständlich für die Schweizer Unternehmen und unser Wohlstand. Die SVP-Initiative ist nichts anderes als die Wiederholung der Kündigunginitiative, die 2020 mit über 60 Prozent abgelehnt wurde. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge. Die Individualbesteuerung und die Renteninitiative reduzieren den Zuwanderungsdruck, weil das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, braucht es gezielten Ausbau auf der Strasse und auf der Schiene. In der Wohnbaupolitik braucht es schnellere Bewilligungen und weniger Vorschriften. Hier stehen insbesondere die links-grün regierten Städte in der Verantwortung.

Kantone nicht im Stich lassen

Vierorts leiden Kantone und Gemeinden unter den steigenden Migrationszahlen. Ein Beispiel ist die Tessiner Grenzstadt Chiasso, wo Asylsuchende des nahen Bundesasylzentrums für Probleme und Kleinkriminalität sorgen. Das darf nicht sein. Die FDP fordert deshalb eine Taskforce Asyl, die die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessern soll. Zudem braucht es die Möglichkeit einer angeordneten Verlegung, wenn sich Asylsuchende ausserhalb der Bundesasylzentren nicht an die öffentliche Ordnung halten. Die FDP will ausserdem wissen, wie bestehende Asylunterkünfte besser genutzt werden können und welche Alternativlösungen in Betracht gezogen werden können. Das EJPD steht hier in der Pflicht, langfristige Strategien mit Einbezug der nötigen Organe zu entwickeln.

Humanitäre Tradition aufrechterhalten

Mit der Aufnahme von über 60 000 Ukraine-Flüchtlingen hat die Schweiz seit März 2022 einen Kraftakt vollbracht und das Asylsystem vor einer Überlastung verschont. Der Schutzstatus S wurde erstmals aktiviert und hat sich weitgehend bewährt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutzstatus S weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet und gegebenenfalls angepasst wird. Ein wichtiges Instrument sind auch Migrationspartnerschaften. Die FDP fordert eine Neuausrichtung, weil Migrationspartnerschaften helfen, Migration und Rückführungen besser zu steuern. Auf europäischer Ebene laufen derzeit Bestrebungen, den Migrationspakt zu reformieren. Die FDP hat eine Reihe von Fragen an den Bundesrat gestellt und will wissen, wie Schweizer Anliegen dort eingebracht werden können.



Eine namhafte FDP-Delegation tauschte sich in Chiasso mit den Lokalbehörden aus.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter weiss um den Wert der Schuldenbremse. Fotos: Jannik Kaiser



Die doppelte Dividende der Schuldenbremse

Beitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Die Schuldenbremse wird 20 Jahre alt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter blickt in die Vergangenheit und in die Zukunft und würdigt dieses wichtige Instrument der Schweizer Politik.

Als Finanzministerin bin ich meinem Vorvorgänger im Amt, Kaspar Villiger, zu Dank verpflichtet. Dafür, dass er in schlaflosen Nächten gute Ideen hatte. Und mir damit zu einer guten Freundin in meinem Amt verholfen hat: der Schuldenbremse.

Aber was ist eine politische Idee wert, wenn sie nicht von der Gesellschaft getragen wird? Darum bin ich auch der Schweizer Stimmbevölkerung dankbar. Sie hat der Schuldenbremse am 2. Dezember 2001 mit fast 85 Prozent zugestimmt – und ihr damit eine aussergewöhnlich hohe demokratische Legitimität erteilt. Neue Ideen lösen immer auch Ängste aus. So wurde vor 22 Jahren vor einem «diabolischen Instrument» gewarnt, als der Nationalrat die Schuldenbremse debattierte. Gesagt wurde auch, dass die Schuldenbremse wie ein Autopilot sei. Statt Bundesrat und Parlament Sorge nun eine technokratische Formel für die Budgetpolitik.

So einfach wie genial

Doch die Schuldenbremse entbindet weder die Finanzministerin noch Bundesrat und Parlament von der Arbeit. Im Gegenteil. Sie diskutieren Jahr für Jahr intensiv über die Ausgaben- und die Einnahmepolitik des Staates. Das Parlament hat die Budgethoheit. Und es kann auch neue Ausgaben

beschliessen. Wenn wir aber neue Ausgaben beschliessen, müssen wir schauen, wie wir sie finanzieren können, ohne die Rechnung einfach den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen. Und das ist natürlich der Clou der Schuldenbremse – er ist so einfach wie genial.

In der Debatte zur Schuldenbremse wurde damals auch die Befürchtung geäussert, dass sie zu einer Reduktion der Ausgaben führe und die Umverteilung gefährde. Auch diese Annahme lässt sich heute leicht widerlegen. Trotz Schuldenabbau sind die staatlichen Ausgaben in den letzten 20 Jahren von rund 50 Mrd. auf über 80 Mrd. gestiegen. Und sie werden übrigens auch im nächsten Jahr weiterwachsen. Es ist auch nicht so, dass die Schweiz ihre Investitionen vernachlässigt hätte. Die Investitionen haben in den letzten Jahren sogar stärker zugenommen als die Gesamtausgaben oder das Bruttoinlandprodukt.

Bewährungsprobe bestanden

Die Corona-Jahre waren eine wichtige Bewährungsprobe für die Schuldenbremse. Innert kürzester Zeit musste der Bundesrat den Leuten – vom Künstler bis zur Gewerblerin – unter die Arme greifen, weil sie als Folge der zwar nötigen, aber natürlich weitreichenden Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben

zum Teil in existenzielle Nöte gerieten. Allein im Jahr 2020 hat der Bund dafür zusätzliche Ausgaben von rund 15 Milliarden Franken getätigt, 2021 waren es noch einmal 14 Milliarden.

Und auch diesen Test hat die Schuldenbremse bestanden. Von Beginn an waren Mechanismen eingebaut, die dem Staat und der Politik eine gewisse Flexibilität erlauben. Wir waren daher auch in der Lage, die Ausgaben zu tätigen, die 2022 nötig wurden, nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte und Zehntausende ukrainische Menschen auch in der Schweiz Schutz suchten.

Ökonomen würden vielleicht von einer doppelten Dividende der Schuldenbremse sprechen. Sie sorgt erstens für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität. Auch nach der Credit-Suisse-Krise und bevor die UBS im August auf die staatlichen Garantien verzichtete, bewerteten die Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der Schweiz weiterhin mit der Bestnote. Die zweite Dividende der Schuldenbremse ist ihr Beitrag an die staatliche Handlungsfähigkeit. Eine nachhaltige Finanzpolitik erlaubt es dem Staat, in der Krise schnell und wirkungsvoll zu handeln, ohne die Stabilität zu gefährden.

Wendepunkt naht

Wo stehen wir heute? Die Finanzplanung stellt uns vor Herausforderungen. Das liegt nicht daran, dass uns die Einnahmen wegschmelzen würden. Es liegt daran, dass wir mit einer Vielzahl neuer Ausgabenbegehren konfrontiert sind. Zum Teil sind sie eine Folge der jüngsten Krisen: Dazu ge-

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse.



«Ein neuer Ansatz»

Schuldenbremse dank Kaspar Villiger

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

hören die Pläne zur starken Erhöhung der Armeeaussgaben. Dazu gehören aber auch die künftigen Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine, an den auch die Schweiz einen Beitrag leisten müssen. Als Folge der demografischen Alterung werden zudem die Ausgaben der AHV weiterhin stark steigen.

Es gibt aber auch Tendenzen in der nationalen Politik, kantonale Aufgaben zu zentralisieren. Ich denke an die Prämienverbilligungen und an die Subventionierung der Fremdbetreuung von Kindern. Alles wird man nicht finanzieren können, ohne Reformen anzupacken oder eben Prioritäten zu setzen und anderswo Abstriche zu machen.

Zumal wir vermutlich an einem Wendepunkt stehen. Heute können wir uns unsere Schulden gut leisten. Aber das kann sich schnell ändern. 2021 kosteten uns die Schulden des Bundes noch 760 Millionen Franken. Nächstes Jahr dürften es aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits 1,5 Milliarden sein.

Ich halte nichts von Schwarzmalerei. Mich besorgt zwar die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft. Die jüngsten Krisen haben mich aber zuversichtlich gestimmt, dass wir auch künftige Herausforderungen meistern können. Und gerade darum sollten wir das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

In diesem Sinne überlasse ich das letzte Wort dem Volksmund, der bekanntlich besagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse. Er verantwortete als Finanzminister deren Einführung im Jahr 2003 und ist heute noch von der Wichtigkeit dieses Instruments überzeugt.

Wieso wurde die Schuldenbremse vor 20 Jahren nötig?

Ab Ende der 1980er-Jahre liess die Finanzdisziplin im Bundesrat und im Parlament nach. Innert sieben Jahren hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Mir war klar, dass es einen neuen Ansatz braucht, nämlich einen Mechanismus, was passiert, wenn die Ausgaben aus dem Gleichgewicht geraten. Dank vereinten Kräften in meinem Departement gelang die Konstruktion der Schuldenbremse. Ich war froh, stimmte das Volk deutlich mit über 85 Prozent zu.

Was waren die Einwände gegen die Schuldenbremse?

Es gab Befürchtungen, dass die Schuldenbremse die Wirtschaftslage weiter verschlechtern könnte. Es geschah aber das Gegenteil, das Wachstum nahm zu. Ein anderer Einwand war, dass Infrastrukturen verlottern. Aber auch das traf nicht ein, der Investitionsanteil blieb gleich gross.

Gibt es die Schuldenbremse in 20 Jahren immer noch?

Wenn das Volk die Schuldenbremse nicht mittels einer Abstimmung aus der Verfassung streicht, was ich nicht glaube, wird es die Schuldenbremse

auch in 20 Jahren noch geben. Hierzu noch etwas Wichtiges: Die Schuldenbremse will ja nicht die Staatstätigkeit erschweren oder jemandem ein berechtigtes Anliegen verwehren, sondern will, dass der Staat stabil und langfristig finanziert ist. Das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Investoren.

«Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.»

Die Schuldenbremse hat also auch in Zukunft ihre Berechtigung?

Gerade wenn wir wieder einmal eine Krise haben, brauchen wir Reserven, um diese Krise zu bekämpfen. Deshalb sage ich stets: Die Schuldenbremse ist ein wichtiger W.W.W.-Beschleuniger – nämlich Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.

Interview: Julia Lüscher

Der lange wirtschaftliche Niedergang Europas bedroht uns

Ein Richtungswechsel tut not

Parteivizepräsident und Nationalrat zeigt auf, was der wirtschaftliche Kriechgang Europas für dramatische Auswirkungen hat. Die Schweiz muss sich aktiv dagegenstemmen, damit sie nicht in den gleichen Sog gerät.

«Die Europäer verarmen.» Dieser Titel des Artikels im «Wall Street Journal» vom 17. Juli ist nicht sehr ermutigend. Er sollte uns beunruhigen. Uns den Schlaf rauben. Aber niemand will der Realität in die Augen blicken. Die Zahlen sprechen für sich. Bis 2008 waren die Volkswirtschaften der Euro-Zone und der USA mit etwas mehr als 14 Billionen Dollar gleich gross. Fünfzehn Jahre später stagniert das europäische BIP. Das der USA ist auf über 25 Billionen Dollar gestiegen. Die Grössenordnungen mögen je nach Indikator etwas variieren, der Befund bleibt immer derselbe: Im vergangenen Jahrzehnt ist Europa buchstäblich aus den Fugen geraten. Die Schweiz, die sich rühmen konnte, weit über dem internationalen Durchschnitt zu liegen, geht leider den gleichen Weg wie die Euro-Zone und wird von den USA bedrängt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis Ende des Jahrzehnts abgehängt sein. Was ist los mit uns?

Ein Sozialmodell, das überdacht werden muss

Liegt es am europäischen Sozialstaat, um den uns der Rest der Welt beneidet? Sicher ist, dass wir vor lauter Lob für seine unzähligen Vorzüge wohl vergessen haben, dass Wohlstand zuerst erarbeitet werden muss, bevor er verteilt werden kann. Und hier steht die Schweiz ihren Nachbarn in nichts nach. In der Berichtsperiode haben wir ein gutes Dutzend neuer Sozialversicherungen eingeführt oder bestehende ausgebaut. Die Sozialausgaben pro Kopf sind in dieser Zeit um ein Drittel gestiegen.

Ohne unser Sozialmodell demontieren zu wollen, ist die Maschinerie ins Stottern geraten. Bei jedem Problem findet sich ein wachsamer Geist, der darauf hinweist, dass das Leben in der Schweiz ohne diese oder jene zusätzliche Ausgabe unmöglich geworden ist. Wenn die Schweden, die Spanier oder die Österreicher einen Urlaub oder ein Sozial-

werk eingeführt haben, dann brauchen wir das auch. Und zwar sofort. Es ist, als lebten wir in einer Vision aus Émile Zolas Albträumen und warteten auf den nächsten Sozialurlaub. Und wenn Sie den Fehler machen, zu sagen, dass es bis jetzt nicht möglich war, den Vaterschaftsurlaub auszuweiten, oder dass es nicht lebenswichtig ist, überall Bindenspender aufzustellen, dann wird man Ihnen sagen, dass ein so reiches Land wie die Schweiz sich diese kleinen Dinge leisten kann. Die jüngsten Entwicklungen in unserer Wirtschaft zeigen, dass dies vielleicht nicht so selbstverständlich ist.

Aber es gibt nicht nur Urlaub, sondern auch Arbeit. In unserer Gesellschaft wird Teilzeitarbeit fetischisiert und die 45-Stunden-Woche als Relikt aus den schlimmsten Zeiten der Geschichte dargestellt. In den Medien wird regelmässig die 4-Tage-Woche propagiert, in Deutschland wird über ein Gesetz zur Einführung eines Rechts auf Siesta diskutiert und die Gewerkschaften fordern lautstark neue Ferienwochen. Können wir uns vorstellen, dass unsere Konkurrenten ernsthaft über das bedingungslose Grundeinkommen und das Recht auf Faulheit diskutieren? Vielleicht am ersten April. Wenn Europa und die Schweiz aufwachen wollen, müssen sie sich einen Ruck geben und die Arbeit wieder ins Zentrum ihrer Werte stellen.

Überregulierung ist ein Innovationskiller

Emma Marcegaglia, die ehemalige Präsidentin des italienischen Arbeitgeberverbandes Confindustria, hat einmal gesagt: Wenn eine Innovation kommt, machen die Amerikaner daraus ein Geschäft, die Chinesen kopieren und die Europäer regulieren. Wenn dieser Satz zum Lachen war, kann er uns heute zum Weinen bringen. Die Feststellung schreit zum Himmel. Wie viele Smartphones aus Europa gibt es? Wie viele europäische Einhörner im Bereich der erneuerbaren Energien? Wie viel KI-Software wird in Europa programmiert? Wer ist führend bei Elektrofahrzeugen, Raumfahrt und Streaming-Plattformen? Wer liegt in der Genforschung vorne? Wer treibt die Kern-



fusion voran? Die Liste liesse sich beliebig verlängern.

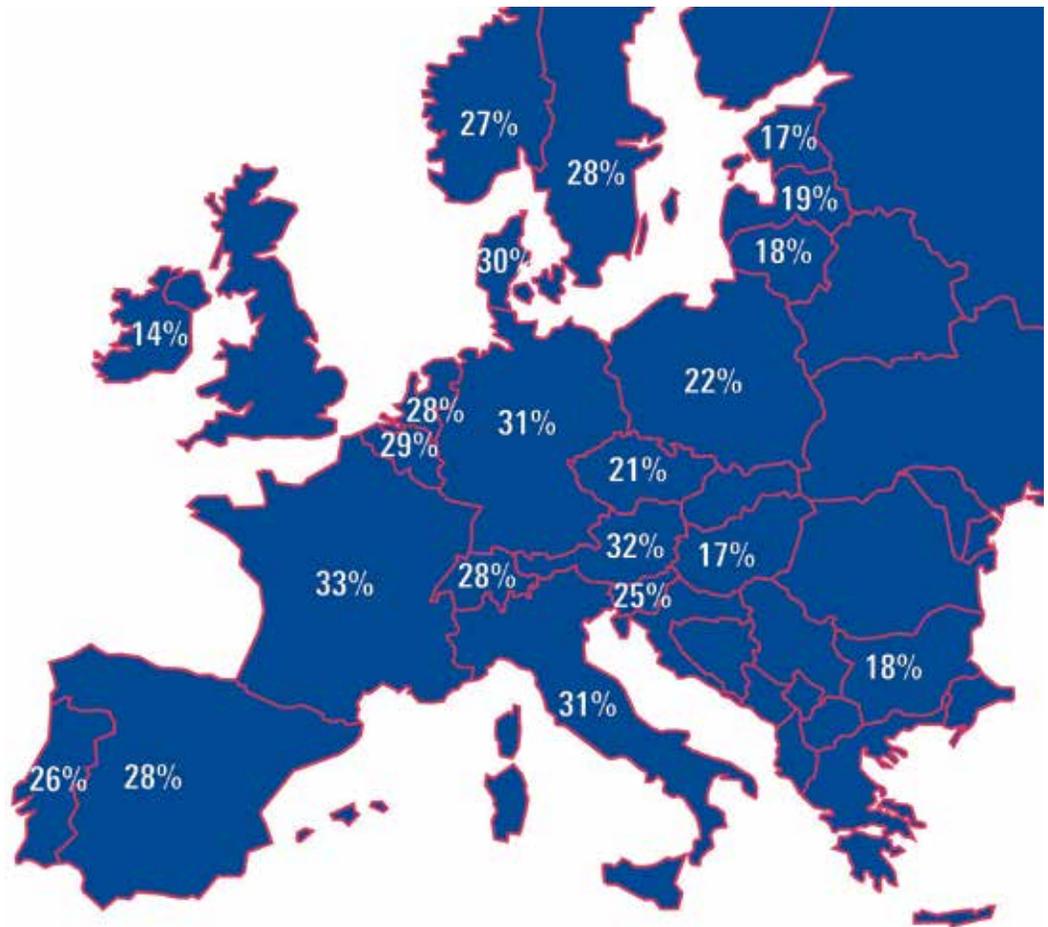
Und die Wahrheit ist leider erschreckend. Bei jeder dieser Innovationen standen die Europäer an vorderster Front, um unverdauliche Gesetze zu verabschieden, vom Datenschutz bis zum Verbot gentechnisch veränderter Organismen, so dass die Innovation nicht mehr auf dem alten Kontinent stattfindet (ausser bei der Erfindung von Steuern, da sind wir hervorragend). Über 5G wurde mehr wegen seiner esoterischen Mängel als wegen seines Fortschrittpotenzials gesprochen. Mit der Verabschiedung der berühmten Datenschutzgrundverordnung ist die Zahl der entwickelten Anwendungen eingebrochen. All dies, um Sie davor zu schützen, Ihre Daten freiwillig auf einem Kontinent preiszugeben, auf dem der Staat im Namen der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ungehindert auf Ihre Bankkonten zugreifen kann.

Leider nimmt der Regulierungswahn kein Ende. Von der künstlichen Intelligenz bis zum selbstfahrenden Auto kämpfen die europäischen und schweizerischen Behörden gegen Windmühlen, während unsere Industrie verschwindet. Aufgrund des hohen Handelsvolumens mit der EU kopieren wir systematisch die Fehler Brüssels... Auch wenn es kaum anders geht, ist das Vorgehen beunruhigend.

Der schlimmste Kollateralschaden ist zweifellos an den Universitäten zu finden. Man könnte sich damit beruhigen, dass wir, wenn wir schon keine Geschäfte machen, wenigstens in der Grundlagenforschung erfolgreich sind. Doch weit gefehlt. Im «QS World University Ranking», das jährlich die besten Universitäten klassiert, fallen die Schweiz und Europa zurück. Die ETH bleibt zwar (noch) in den Top 10 und rettet die Ehre der Schweiz, aber man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht: Die erste europäische Universität, Paris PSL, liegt auf Platz 24, und unter den ersten 50 sind weniger als fünf Universitäten. Durch die Konzentration auf intersektionale Gender Studies und anderen post-modernen Hokuspokus haben unsere Hochschulen einige wichtige Wendepunkte in der Entwicklung der Menschheit verpasst.

Dramatische Folgen

Die Folgen dieser Entgleisung sind dramatisch. Viel mehr, als wir uns vorstellen können. Nein, Wirtschaftswachstum ist nicht dazu da, die Welt mit nutzlosem Plastikkrum zu überschwemmen. In den letzten zehn Jahren wurde das schrumpfende



Ausgaben für die soziale Wohlfahrt in Prozent des BIP im europäischen Vergleich.

Wachstum in der Schweiz vollständig von den Ausgaben für die Renten und das Gesundheitswesen aufgezehrt.

Wenn sich eine Wirtschaft auf ihren Lorbeeren ausruht, zahlen die Bürger den Preis. Das haben wir in den vergangenen Monaten gesehen. Die Widerstandsfähigkeit Europas gegen den Inflationsschock ist praktisch gleich null. Energie, Gesundheit, Lebensmittel und andere Kosten: Jede Preisbewegung stürzt Tausende von Menschen in Unsicherheit, manchmal sogar in Armut.

In den letzten 15 Jahren hat Europa einen Weg der Technokratie und der Selbstzufriedenheit eingeschlagen, der in den Untergang führen kann. Die Schweiz wird leider von ihrem Nachbarn auf diesen Irrweg gezwungen. Der Weg aus der Sackgasse wird nicht einfach sein. Wir müssen unsere Denkweise ändern. Steuersenkungen, Deregulierung, Privatisierung sind unumgänglich. Grosse Worte, die auf dieser Seite des Atlantiks so beunruhigend klingen.

In der kommenden Legislaturperiode ist es an der Zeit, den Kurs zu korrigieren und zu den Grundlagen zurückzukehren, die unseren Reichtum ausmachen: Freiheit und Eigenverantwortung.

Und sich für ein paar Jahre eine Pause von neuen Regulierungen und dem Ausbau des Sozialstaates zu gönnen. Nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es uns nicht leisten können.



Philippe Nantermod, Parteivizepräsident und Nationalrat VS

Dieser Blog ist eine Übersetzung der Kolumne, die auf Französisch im «Blick» erschienen ist.

Während der Herbstsession finden auch die Feierlichkeiten rund um das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung statt. Foto: Jannik Kaiser.



Krankenkassenprämien, Wasserkraftwerke und weniger Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Das sind die Themen der Herbstsession.

Das war's. Zumindest fast. Die laut abtretendem Bundeskanzler Walter Thurnherr «schlimmste Legislatur» geht in die Schlussphase. Das Parlament hat die Corona-Pandemie gemeistert, erlebt einen Krieg in Europa, muss dringend Lösungen für die Energiekrise finden und wird sich in neuer Zusammensetzung mit den Folgen der Credit-Suisse-Übernahme herumschlagen müssen.

Aber auch ganz handfeste Anliegen stehen derzeit im Vordergrund. Eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Massnahmen der vergangenen Jahre kommt in den Rat. Vier Buchstaben stehen hier für eine Revolution EFAS. Hinter der etwas technisch klingenden Vorlage der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen verbirgt sich nichts weniger als die Abschaffung einer der grössten Fehlanreize in unserem Gesundheitssystem.

Vorteil EFAS

Das Gesetz schreibt heute vor, dass die Kantone mehr als die Hälfte der Kosten übernehmen, wenn eine Person nach einem Eingriff mindestens eine Nacht im Spital bleibt – also stationär behandelt

wird. Geht eine Person nach einem Eingriff direkt nach Hause, spricht man von einer ambulanten Behandlung und die Kosten werden vollumfänglich von der Krankenkasse übernommen. Eine Verlagerung von stationär nach ambulant ist aus mehreren Gründen wünschenswert: Bei gleicher oder teils höherer Qualität kosten ambulante Eingriffe deutlich weniger und für den Patienten ist es auch angenehmer, weil er nicht länger als nötig im Spital bleiben muss. Patienten profitieren zudem vom Umstand, dass die Gefahr einer Infektion zu Hause viel geringer ist und die Pflegenden werden entlastet. Die «Ambulantisierung» wird heute leider verschleppt, weil die eigentlich sinnvolle Verlagerung ausschliesslich bei den Prämienzahlenden einschenkt. Künftig – dank EFAS – sollen ausschliesslich medizinische Gründe massgebend dafür sein, ob eine Person ambulant oder stationär behandelt wird.

Mehr als eine homöopathische Wirkung wird auch vom Mantelerlass erwartet. Dieses Mammutgesetz wird, wenn alles nach Plan läuft, in der Herbstsession zu Ende beraten. Dank dieser Vorlage können 15 Wasserkraftprojekte endlich im

Schnellzugstempo gebaut und weitere energiepolitische Weichen gestellt werden, damit in der Schweiz endlich mehr Strom produziert werden kann.

FDP wählen – Bundeshausfraktion stärken

Als Ausblick auf das kommende Jahr beginnt der Ständerat bereits mit der Beratung des CO₂-Gesetzes. Die Neuauflage der beim letzten Mal am Volk gescheiterten Vorlage verzichtet auf die ganz grossen Würfe und orientiert sich am Machbaren. Dennoch setzt sie klare Ziele und will die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Hier zeigt sich, dass realistische Klimapolitik auch ohne Klebstoff möglich ist. Über Details lässt sich aber auch nach der schlechtesten Legislaturperiode noch munter streiten.

Weil die FDP dies besonders gut kann und der Schweiz den Weg in eine liberale Richtung weisen kann, ist es wichtig, dass Sie am 22. Oktober mithelfen, die Fraktion im Bundeshaus zu vergrössern. Ihre Stimme ist entscheidend, damit die Liberalen nicht nur für Aufsehen sorgen, sondern mit ihren Vorschlägen auf der Gewinnerseite stehen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Mit «à la carte» anstatt «all you can eat» gegen den Prämienschock

Im Oktober wird SP-Bundesrat Alain Berset wieder bekanntgeben, um wie viel die Krankenkassenprämien steigen werden. Nachdem die Prämien bereits im vergangenen Jahr im Schnitt um 6,6 Prozent gestiegen sind, wird manchen Kassen für diesen Herbst ein Anstieg von bis zu 10 Prozent vorausgesagt. Das belastet den Mittelstand, der nicht von Prämienverbilligungen profitiert, immer stärker!

Um diesen zu entlasten und die Prämienlast ohne Qualitätseinbusse zu senken, lancierten wir im Juli die Idee eines «Budget-Versicherungsmodells». In der heutigen obligatorischen Grundversicherung gilt ein «all you can eat»-System: Man bezahlt einen Fixpreis, darf dafür alles konsumieren. Es gibt immer mehr Menschen, die dies gar nicht wollen. Für diese wollen wir eine Alternative schaffen: ein Menü «à la carte».



Konkret wollen wir, dass alle Personen die Möglichkeit haben, durch bewusste Entscheidungen ihre Krankenkassenprämien massiv zu reduzieren. Denkbar wären zum Beispiel eine Generika-Pflicht bei gewissen Medikamenten, eine höhere Franchise, ein Obligatorium zur Nutzung des

elektronischen Patientendossiers, ein Verzicht auf Homöopathie oder der Abschluss von Mehrjahresverträgen.

Solche sind in den heutigen alternativen Versicherungsmodellen verboten. Gerade für chronisch kranke Menschen oder Leute mit mehreren Krankheiten wäre es jedoch von Vorteil, wenn Versicherer in ihre Gesundheit investierten und dafür einen Anreiz in Form von Mehrjahresverträgen hätten.

Ich bin davon überzeugt: Mit einem «Budget-Versicherungsmodell» fielen die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität tiefer aus.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

Einladung zum Fachreferat



Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisio-när a.D., Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?

> Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern, Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13 + 15, 3000 Bern 22

(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse

> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

> Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

Delegiertenversammlungen 2024

Jetzt vormerken

Samstag, 20. Januar 2024

Samstag, 22. Juni 2024

Samstag, 19. Oktober 2024

Wir machen die Schweiz stark!



JEDERZEIT
STRÖM

BLACKOUT STOPPEN

— JETZT —
UNTERSCHREIBEN!

blackout-stoppen.ch

